

---

# Arbeiter und der 25. Januar in Ägypten

**JOEL BEININ**

Eines der weniger wahrgenommenen Ereignisse der von den Ägyptern als «Revolution vom 25. Januar» bezeichnete Volksaufstand, mit dem sie den Präsidenten Hosni Mubarak vertrieben, ist die Gründung des unabhängigen Gewerkschaftsbunds *Egyptian Federation of Independent Trade Unions* (EFITU – Ägyptischer Bund Unabhängiger Gewerkschaften)<sup>1</sup>. Seine Existenz wurde am 30. Januar 2011 auf einer Pressekonferenz auf dem Tahrir Platz in Kairo, dem Epizentrum der Volksbewegung, bekanntgegeben (Center for Trade Union and Workers Services 2011). Die sich ab 2008 gebildeten unabhängigen Gewerkschaften der Beschäftigten der Steuerbehörde für Grundeigentum, des Gesundheitsfachpersonal und der Lehrer haben diesen neuen Gewerkschaftsbund initiiert. Ihnen traten Verbände von 8,5 Millionen Rentnern, die gerade erst die Genehmigung zur Organisierung erhalten hatten, sowie Vertreter von Lohnabhängigen in der Textilindustrie, der pharmazeutischen und chemischen Industrie, der Eisen- und Stahlindustrie und der Automobilarbeiter aus den Industriegebieten in Kairo, Helwan, Mahalla al-Kubra, Tenth of Ramadan und Sadat City bei. Der unabhängige Gewerkschaftsbund EFITU war die erste neue Institution, die sich aus dem Volksaufstand heraus bildete, und er verband die Sache der Arbeiter mit dem, was nach dem 28. Januar eine ausdrücklich revolutionäre Bewegung war.

## **Verstaatlichung der Gewerkschaften**

An der Arbeiterschaft orientierte Nichtregierungsorganisationen wie auch Gewerkschaften diskutieren seit mehreren Jahren die Gründung unabhängiger Gewerkschaften. Da der Ägyptische Gewerkschaftsbund (Egyptian Trade Union Federation – ETUF) seit seiner Gründung im Jahr 1957 eine staatliche Institution war, sind solche Gewerkschaften notwendig. Die Aufgabe des ETUF war stets eher die Kontrolle der Arbeiterschaft als deren Mobilisierung für eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen.

Der ETUF verfügt über ein im Gewerkschaftsgesetz von 1976 und dem Arbeitsgesetz von 2003 festgelegtes rechtliches Monopol der gewerkschaftlichen Organisation in Ägypten.<sup>2</sup> Alle Gewerkschaftskomitees auf Unternehmensebene müssen sich einer der 24 nationalen Branchengewerkschaften anschließen, und alle diese 24 Gewerkschaften müssen ihrerseits dem ETUF angehören. Aus den Vorsitzenden dieser Branchengewerkschaften wird dann das Exekutivkomitee des ETUF gebildet. Bis zum Rücktritt Mubaraks waren diese Vorsitzenden nahezu alle auch Mitglieder der Nationaldemokratischen Partei Mubaraks, etliche hatten dort Führungspositionen inne.

Der erste substanzielle Versuch nach 1957 eine unabhängige Gewerkschaft zu gründen fand in der Misr Spinning and Weaving Company (Ghazl al-Mahalla) in Mahalla al-Ku-

bra, in der Mitte des Nildeltas statt. Ghazl al-Mahalla war die erste mechanisierte Weberei Ägyptens und eine der ersten, im Rahmen des Arabischen Sozialismus unter dem Regime von Gamal Abd al-Nasir (Nasser) nationalisierten Firmen. Sie ist das größte Unternehmen der verarbeitenden Industrie im öffentlichen Sektor und beschäftigt rund 22000 Arbeiter. Folglich wird Ghazl al-Mahalla in der Öffentlichkeit weithin wahrgenommen und weist eine enorme symbolische und praktische Bedeutung auf.

Nach einem erfolgreichen Streik im Dezember 2006, einem der politisch bedeutendsten Arbeitskämpfe im vergangenen Jahrzehnt, unterzeichneten nahezu 13000 Beschäftigte eine Petition für die Absetzung ihres lokalen Gewerkschaftskomitees und die Bildung einer unabhängigen Gewerkschaft. Das örtliche Komitee hatte sein Amt nach den landesweiten gewerkschaftlichen Pseudowahlen vom November 2006 angetreten und den Streik nicht unterstützt. Weder das Regime noch die Staatsgewerkschaften konnten dieses Ansinnen akzeptieren, da es ja gerade die Absicht der Wahlfälschung war, regime-treue Gewerkschaftskomitees in einem der sensibelsten Unternehmen des Landes zu installieren. Um jedoch den Streik zu beenden, war das Regime gezwungen, mit dem von den Arbeitern gewählten Streikkomitee zu verhandeln und die überflüssigen Gewerkschaftsfunktionäre aufzugeben. Eine extreme Repression gegen die Beschäftigten von Ghazl al-Mahalla, wie sie noch regelmäßig in den 80er und 90er Jahren vorkam, hätte das Regierungsprogramm behindern können, ausländische Direktinvestitionen ins Land zu holen. Stattdessen entfaltete das Mubarak-Regime eine Kombination aus moderater Repression und Kooptation, um das Streikkomitee zu spalten und das Drängen nach unabhängigen Gewerkschaften zu hintertreiben.

1991 willigte die ETUF-Führung in das sog. neoliberale Ökonomische Restrukturierungs- und Stabilisierungsprogramm (Economic Restructuring and Stabilization Program – ERSAP) ein, das Ägypten mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank geschlossen hatte. Anschließend kollaborierte der Gewerkschaftsbund mit Kapital und Regime gegen die Interessen der Arbeiter, die er vorgab zu vertreten. Er erhob keinen Einspruch gegen die von Premierminister Ahmad Nazif im Juli 2004 installierte «Regierung der Geschäftsleute». Nazifs Aufgabe war es, die neoliberale Transformation der ägyptischen Wirtschaft zu beschleunigen und den öffentlichen Sektors zu privatisieren. Die Wirtschaftsministerien seines Kabinetts wurden westlich ausgebildeten Doktoren und Vorstandschefs übertragen: der Tourismusminister verfügte über Investitionen in seinem Bereich; der Bauminister war im Immobiliengeschäft tätig usw. Nicht zufälligerweise handelte es sich um Kumpels von Ägyptens erstem Sohn, Gamal Mubarak. Dieses Kabinett trat einige Tage vor Hosni Mubarak zurück.

Trotz der durch das Strukturanpassungsprogramm ERSAP abnehmenden Zahl von Beschäftigten im öffentlichen Sektor unternahm der ETUF keine ernsthaften Anstrengungen, Arbeiter in der expandierenden Privatindustrie zu organisieren. Beflissentlich mied der Gewerkschaftsbund genauso die für ausländische Direktinvestitionen eingerichteten Wirtschaftssonderzonen wie die so genannten Qualifizierten Industriegebiete (Special Economic Zones, Qualified Industrial Zones), von denen aus ohne Mengenbegrenzung zollfrei Waren für die USA produziert werden können, soweit 10,5% des Wertes israelischer Herkunft sind.

## Verstärkter Widerstand

Die arbeitenden Menschen reagierten auf die Nazif-Regierung mit vermehrten Streiks, Sit-ins und anderen gemeinsamen Aktionen. Diese waren generell seit 1998, mit einer kurzen Unterbrechung in den Jahren 2002/03, angestiegen (siehe Tabelle). Zwischen 1984 und 1989 sowie Mitte der 90er Jahre fanden 25–80 Arbeitskämpfe pro Jahr statt (El Shafei 1995; Pratt 1998). Von 1998 bis 2003 lag das Mittel bei 118 pro Jahr. 2004 wurden 265 Arbeitskämpfe durchgeführt, mehr als doppelt so viele wie im Schnitt der Jahre 1998–2003, und über 70% hiervon (190) ereigneten sich nach dem Antritt der Nazif-Regierung im Juli 2004. Bis 2007 erfasste diese Bewegung nahezu jeden industriellen Sektor, die öffentlichen Bereiche und die Beamten. Ärzte, Universitätsprofessoren, Lehrer, Beschäftigte der Bildungsverwaltung und andere beteiligten sich.

*Tabelle*  
*Arbeitskämpfe und Anzahl der beteiligten Arbeiter 1998–2010*

Jahr	Streiks, Sit-ins und andere kollektive Aktionen	Zahl der beteiligten Arbeiter
1998	114	
1999	164	
2000	135	
2001	115	
2002	96	
2003	86	
2004	266	386 346
2005	202	141 175
2006	222	198 088
2007	614 (756+)*, 692**	473 838
2008	609, 447**	541 423
2009	432 (700+)*, 478**	
2010	371 (484+)*	
Gesamt	3426 (3949+)	

*Quellen:* Markaz al-Ard li-Huquq al-Insan (Land Center for Human Rights): Silsilat al-huquq al-iqtisadiyya wa'l-ijtima'iyya, Nr. 5 (Dezember 1998); Nr. 14 (April 2000); Nr. 18 (Mai 2001); Nr. 22 (März 2002); Nr. 28 (März 2003); Nr. 31 (Januar 2004); Nr. 34 (Juli 2004); Nr. 35 (Februar 2005); Nr. 39 (August 2005); Nr. 42 (Januar 2006); Nr. 49 (Juli 2006); Nr. 54 (Februar 2007); Nr. 56 (Juli 2007); Nr. 58 (Februar 2008); Nr. 65 (März 2009); Nr. 75 (März 2010); Nr. 76 (Mai 2010); Nr. 79 (Juli 2010); Nr. 81 (August 2010); Nr. 84 (Januar 2011). Die Berichte finden sich auf [www.lchr-eg.org](http://www.lchr-eg.org). Diese Statistiken sollen als vereinfachte Annäherung betrachtet werden. Eine detaillierte Fassung dieser Tabelle findet sich in Beinlin 2011.

\*LCHR betrachtet eine Reihe von Aktionen am Arbeitsplatz (z. B. eine Petition, eine Demonstration, einen Streik) als eine Aktion. Die größeren Zahlen in Klammern, soweit verfügbar, zählen jede Einzelaktion.

\*\*Zahlen nach Umar et al. (2010: 17).

Von 1998 bis 2010 nahmen mehr als 2 Millionen Beschäftigte an mindestens 3400 Streiks und anderen kollektiven Aktionen teil – die größte soziale Bewegung in der arabischen Welt seit sechs Jahrzehnten, sieht man vom algerischen Unabhängigkeitskrieg zwischen 1954 und 1962 ab. Diese kollektiven Aktionen waren weitgehend motiviert durch die Bedrohung oder den aktuellen Verlust des Arbeitsplatzes sowie den Wegfall von Sozialleistungen nach der Privatisierung von Unternehmen des öffentlichen Sektors, sie waren motiviert durch niedrige Löhne, durch die verspätete oder die Nichtzahlung von Boni, Lohnanreizen oder anderen Lohnzusätzen, die jedoch notwendig sind, um das Einkommen auf ein das Überleben sicherndes Niveau zu heben.

Die Aktionen der Arbeiter nahmen seit der Mitte 2004 nicht nur in der Zahl zu, sie nahmen auch einen militanteren Charakter an als die Streikwellen der 80er und frühen 90er Jahre. Wo zuvor Fabriken besetzt wurden, aber weiter produziert wurde, fanden jetzt Streiks statt, und die Streiks dauerten länger, mehrere sogar Monate (Pratt 1998: 53–55; Al-Basyuni et al. 2007: 13, 15, 17). Zwischen 1971 und den 90er Jahren konzentrierten sich die Arbeitskämpfe auf den öffentlichen Sektor, wo die Beschäftigten versuchten, Errungenschaften des Arabischen Sozialismus zu sichern. Seit 2004 haben sich nun auch viele Arbeiter aus dem privaten Sektor engagiert. 2009 fanden 37% all dieser Arbeitskämpfe im privaten Bereich statt, im Jahr 2010 erreichte diese Zahl 46% (die Berechnungen basieren auf detaillierten Tabellen in Beinin 2011).

Die Arbeiterbewegung erlitt einen ernsthaften Rückschlag als drei Tage vor einem für den 6. April 2008 geplanten Streik die Staatssicherheit den Ghazl-al-Mahalla-Komplex besetzte. Neben lokalen Forderungen hatte der Streik das Ziel, die Kampagne für einen monatlichen Mindestlohn von 1200 Ägyptischen Pfund zu unterstützen [zu dem Zeitpunkt rund 140 Euro]. Durch eine Kombination von Zwang und Kooptation wurden mehrere Mitglieder des Streikkomitees überredet, den Streik abzusagen. Dennoch versammelte sich am Nachmittag des 6. April 2008 eine große Menge von Frauen und Kinder auf dem zentralen Platz von Mahalla, um gegen die Erhöhung der Lebensmittelpreise zu demonstrieren. Vom Regime angeheuerte Verbrecher bewarfen sie dort mit einem Hagel aus Steinen, so wie das später auch auf dem Tahrir-Platz am 2. Februar 2011 geschah.

Der Streik vom 6. April (nachdem auch die Jugendbewegung «6. April» benannt ist) wurde vereitelt. Solidaritätsdemonstrationen in Kairo und an mehreren Universitäten am selben Tag waren nur unwesentlich größer als die vielen hundert anderen Proteste, die ansonsten stattfanden. Dennoch hätte die Demonstration in Mahalla al-Kubra dem Regime eine Warnung sein können. Die Demonstranten rissen ein großes Plakat von Hosni Mubarak herunter und zertraten es mit ihren Füßen, ein Ausdruck von Missachtung, der deutlich aufzeigt, dass sie Mubarak als ein Hindernis zur Durchsetzung ihrer grundlegendsten ökonomischen Forderungen betrachteten – wie zum Beispiel die angemessene Bereitstellung von subventioniertem Brot, das gerade in diesem Frühling eine Mangelware darstellte.

Somit kann man festhalten, dass sich schon Jahre vor der Revolution vom 25. Januar eine soziale Bewegung von Arbeitern, deren Familien und Nachbarn etabliert hatte. Durch Streiks und andere kollektive Aktionen konnten Arbeiter substantielle ökonomische Forderungen erreichen und vielen Ägyptern eine entscheidende Lehre vermitteln:

Man kann mit kollektiven Aktionen, die zuvor von allen, außer engagierten Aktivisten aus der Mittelschicht, als aussichtslos betrachtet wurden, durchaus etwas von Wert erreichen.

Allerdings hatte die ägyptische Arbeiterbewegung der 2000er Jahre einige ernsthafte Unzulänglichkeiten. Die wesentlichste war die Nichtexistenz einer nationalen oder regionalen Gewerkschaft, eines politisch-organisatorischen Rahmen bzw. eines vereinigenden Programms – sieht man von der weitgehend akzeptierten Forderung nach einem nationalen Mindestlohn in Höhe von 1200 Ägyptischen Pfund ab. Die beiden führenden, an der Arbeiterbewegung orientierten Nichtregierungsorganisationen waren das *Center for Trade Union and Workers Services* (CTUWS) und das *Coordinating Committee for Trade Union and Workers Rights and Liberties*. Im Jahr 2010 kam noch das *Egyptian Center for Economic and Social Rights* (ECESR) hinzu, das sich mit einem in der Öffentlichkeit stark beachtetem Rechtsstreit bekannt machte. Der unermüdliche Arbeitsrechtler und Direktor des ECESR, Khalid Ali Umar, vertrat einen Arbeiter der South Cairo Grain Mill, Nagi Rashad, der gegen die Regierung wegen deren Nichteinführung eines angemessenen Mindestlohns klagte. Rashad gewann den Prozess und das Gericht verordnete der Regierung, einen «fairen» Mindestlohn einzuführen. Der Nationale Lohnausschuss erhöhte hastig den monatlichen Mindestlohn von 108,50<sup>3</sup> auf 400 Ägyptische Pfund. Da der Nationale Lohnausschuss es jedoch verweigerte, seine Berechnungsmethoden darzulegen (vermutlich gab es diese auch nicht), blieb diese Angelegenheit im Bereich von Ermessensentscheidungen.

Das CTUWS ist die etablierteste der drei genannten NGOs. Sein Koordinator, Kamal Abbas, hat Beziehungen zu europäischen Stiftungen und Gewerkschaftsbünden aufgebaut, zum Internationalen Gewerkschaftsbund und zur US-amerikanischen AFL-CIO. Aber keine der drei NGOs verfügt über die Kapazität, die Arbeiterbewegung im nationalen Rahmen zu führen. Bis zur Revolution vom 25. Januar glaubte Kamal Abbas noch, dass Ägypten für eine nationale Alternative zum staatlichen Gewerkschaftsbund ETUF nicht reif sei.

Abbas hielt sich sogar zurück, den Aufschwung der Arbeitskämpfe des vergangenen Jahrzehnts als soziale Bewegung zu bezeichnen, da diese Aktivitäten von informellen Netzwerken in den Industriestädten und ohne nationale Koordination organisiert wurden.<sup>4</sup> Manchmal erhielten diese Netzwerke die Unterstützung von Dissidenten in den lokalen Gewerkschaftskomitees, aber in den massiv gefälschten Wahlen 2006 verboten die Staatssicherheitsbehörden willkürlich, den oppositionellen Gewerkschaftern sich zur Wahl zu stellen. Folglich sahen sich die aufrührerischen Arbeiter großen Hürden und vielfachen Gegnern gegenüber: ihren Arbeitsgebern, der Gewerkschaft, die sie dem Namen nach repräsentiert (wenn es überhaupt eine war), den Sicherheitskräften und schließlich auch dem Ministerium für Arbeit und Migration.

## Gründung neuer unabhängiger Gewerkschaften

Während meiner Jahre in Ägypten 2004/05 und 2006–2008 fragten westliche Journalisten, die typischerweise den «islamischen Fundamentalismus», den nichtexistenten «Friedensprozess» und die ökonomischen «Reformen» als die wesentlichen Geschichten aus

Ägypten betrachteten, beharrlich, ob die Arbeiterschaft denn von «Brot-und-Butter-Forderungen» zu «politischen» Forderungen übergehen würde. Mit dieser Frage wurde die Bedeutung der Arbeiterbewegung grundlegend missverstanden. In einer Autokratie wie dem Ägypten Mubaraks stellt die Fähigkeit, eine große Anzahl von Menschen zu organisieren, die überhaupt etwas tun, das Regime politisch in Frage. Dass die Arbeiter Streikkomitees wählten und darüber diskutierten, ob sie die Ergebnisse des Streiks akzeptieren würden, war eine der wichtigsten demokratischen öffentlichen Aktivitäten in der Ära Mubarak.

Während des Streiks vom September 2007 in Ghazl al-Mahalla erklärte das Mitglied des Streikkomitees Muhammad al-Attar einer Gruppe von Arbeitern: «Politik und Arbeiterrechte sind untrennbar. Arbeit ist schon selbst Politik. Wovon wir hier gerade Zeugen werden, ist so demokratisch wie es nur geht.» (Stack et al. 2007.) So wie der Koordinator des CTUWS, Kamal Abbas, und auch andere betrachtete hier al-Attar die Arbeiterbewegung als Brutkasten für eine substantielle – und nicht nur formale Demokratie von unten, etwas, was die von Mittelschichtangehörigen geführten NGOs oder die ineffektiven Oppositionsparteien, die sich an der parlamentarischen Farce beteiligt hatten, nie sein können.

Die Arbeiterbewegung schuf nicht nur ein demokratisches Laboratorium, sie erreichte in den 2000er Jahren noch weitere bemerkenswerte Errungenschaften wie die Etablierung zweier unabhängiger Gewerkschaften. Im Dezember 2007 streikten die Beschäftigten der Steuerbehörde für Grundeigentum und besetzten für zehn Tage die Straße vor dem Finanzministerium. Sie erzielten einen atemberaubenden Sieg – eine 325%ige Lohnerhöhung. Nach diesem Erfolg nutzten die Streikführer diesen Schwung für die Organisation einer unabhängigen Gewerkschaft, die dann im Dezember 2008 ausgerufen wurde. Im überfüllten Gebäude des Journalistenverbands in Kairo kündigte Kamal Abu Ayta, Vorsitzender des konstituierenden, alle 29 Regierungsbezirke Ägyptens repräsentierenden Ausschusses, an, dass die *General Union of Real Estate Tax Authority Workers* mehr als 30000 der 55000 in der Behörde beschäftigten Arbeiter vertrete. Trotz der energischen Opposition der Staatsgewerkschaft ETUF wurde die neue Gewerkschaft vom Ministerium für Arbeit und Migration im April 2009 anerkannt.

Am 29. Dezember 2010 wurde eine unabhängige Gewerkschaft des Gesundheitsfachpersonals gebildet. Die Organisation einer unabhängigen Lehrergewerkschaft begann im Frühjahr 2009 und trug noch vor dem Jahresende 2010 Früchte. Arbeiter nahmen an der Revolution vom 25. Januar seit ihrem Beginn teil, aber als Einzelpersonen und nicht als organisierte Arbeiter. Am 9. Februar rief Kamal Abbas die Arbeiterschaft zum Streik auf, um die Forderung nach einem Rücktritt Mubaraks zu unterstützen. Damit verließ er die von ihm während des vergangenen Jahrzehnts vertretene «Brot-und-Butter-Politik». Tausende von Arbeitern in Suez, Ismailia, Helwan, Kafr al-Zayyat, Sadat City, Giza und Kairo, einem Querschnitt Niederägyptens, folgten dem Aufruf. Die Beschäftigten der Kairoer Verkehrsbetriebe streikten und kündigten an, eine unabhängige Gewerkschaft zu gründen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass diese die Ökonomie paralysierenden Streiks, ein Hauptgrund für die Entscheidung der Militärführung war, Hosni Mubarak aus der Präsidentschaft zu entlassen. Trotz der wiederholten Aufrufe des Obersten Militärrats nach einem Ende der Streiks und der Drohung, diese zu Zerschlagen, streikten und demonst-

rierten die Arbeiter auch nach der Absetzung Mubaraks weiter (und sie tun dies noch zur Zeit der Abfassung dieses Aufsatzes im Juni 2011). Sie ergriffen die Möglichkeit, ökonomische Forderungen weiterzuverfolgen und ein Programm für soziale Gerechtigkeit aufzustellen. Dies geht über die Forderungen der Facebook-Jugend nach einer liberalen Demokratie hinaus, ganz abgesehen von dem sehr begrenzten politischen Veränderungswillen des Militärs.

Am 19. Februar 2011 gaben 40, dem neuen unabhängigen Gewerkschaftsbund EFITU angehörenden Arbeiterführer eine Deklaration heraus, in der sie die Revolution begrüßten und das Recht zur Gründung unabhängiger Gewerkschaften, das Streikrecht und die Auflösung der Staatsgewerkschaften, «eines der wichtigsten Symbole der Korruption unter dem nicht mehr bestehenden System», forderten. Am bedeutendsten war ihre Erklärung, «wenn diese Revolution nicht zu einer gerechten Verteilung des Wohlstands führt, dann ist sie nichts wert. Freiheiten sind nicht vollständig, wenn die sozialen Freiheiten fehlen. Das Recht zu wählen ist natürlicherweise abhängig vom Recht auf ein Laib Brot.» (Egyptian Independent Trade Unionists' Declaration 2011.)

Ein Jahrzehnt des Kampfes um ökonomische und gewerkschaftliche Angelegenheiten und die offene Beteiligung an der Revolution vom 25. Januar gab den Arbeiteraktivisten das Vertrauen, politische Forderungen geltend zu machen. Am 2. März 2011 beriefen die EFITU-Führer eine Konferenz unter dem Slogan «Was verlangen die Arbeiter von der Revolution» ein. Eine ihrer zentralen Forderungen wurde innerhalb von zwei Wochen erfüllt. Der Oberste Militärrat ernannte zunächst den Schatzmeister der ETUF, Isma'il Ibrahim Fathi, als neuen Minister für Arbeit und Migration. Unabhängige Gewerkschafter lehnten dies mit Nachdruck als lediglich eine Neuauflage des alten Regimes ab. Stattdessen schlugen sie den Professor für Arbeitsrecht an der Universität Kairo, Ahmad Hasan al-Bura'i, vor, der seit einigen Jahren für gewerkschaftlichen Pluralismus eintritt. Fathi wurde entfernt und durch al-Bura'i ersetzt. Al-Bura'i kündigte prompt an, das Ministerium würde auf Grundlage der Empfehlungen des Center for Trade Union and Workers Services ein neues Gewerkschaftsgesetz erlassen (Charbel 2011).

Nach der Etablierung der unabhängigen Gewerkschaftsarbeit im Jahr 2006 begann der Internationale Gewerkschaftsbund (*International Trade Union Congress* – ITUC) diese zu unterstützen. Der ITUC schickte verschiedene Protestschreiben an Präsident Mubarak, insbesondere wegen der Schließung des CTUWS-Büros im April 2007. Weitgehend auf internationalen Druck wurde das CTUWS erstmals im Juli 2008 wiedereröffnet und als NGO registriert. Kurz nach dem der unabhängige Gewerkschaftsbund EFITU einen Ausschuss zur Organisation des Gründungskongresses eingerichtet hatte, entsendete der ITUC eine Delegation, um seine Solidarität auszudrücken (Charbel 2011). Am 14./15. März 2011 führte der ITUC einen Workshop mit dem Thema «Aufbau eines demokratischen und unabhängigen Gewerkschaftsbunds in Ägypten – Vorstellungen und Ziele» durch. Der ITUC kündigte gleichfalls an, ein Regionalbüro in Kairo zu eröffnen.

### **Unabhängige Gewerkschaften als Trägerinnen des revolutionären Prozesses**

Durch den neuen Geist politischen Engagements während des Volksaufstands haben die

unabhängigen Gewerkschafter an Kraft gewonnen und sich nicht nur auf den von ihnen unterstützten Arbeitsminister berufen. Der Gründungsausschuss des EFITU und das CTUWS reichten zwei Memoranden beim Arbeitsministerium mit einer detaillierten Kritik am Gewerkschaftsgesetz von 1976 sowie unmittelbaren Forderungen ein.<sup>5</sup>

Am 9. März zeigten die Generäle durch die Vertreibung der als Symbol der öffentlichen Wachsamkeit auf dem Tahrir-Platz verbliebenen Demonstranten auf ihre Weise, dass es an der Zeit sei, den revolutionären Prozess zu beenden. Rund 1000 Personen wurden durch Knüppel schwingende und Steine werfende Schläger attackiert, auf dieselbe Weise, wie auch die Demonstranten vom Mubarak-Regime am 2. Februar angegriffen wurden. Die Armee stand etwa eine Stunde abseits und begann dann, die Demonstranten zu verhaften. Internationale Menschenrechtsorganisationen berichteten, dass Festgenommene am Ägyptischen Museum auf der Nordseite des Tahrir-Platzes geschlagen und gefoltert wurden (Human Rights Watch 2011). Amnesty International berichtete von durch die Armee durchgeführten «Jungfräulichkeitstests» bei nicht weniger als 18 der verhafteten Frauen, ein Vorwurf, der später von einem General anonym bestätigt wurde (Amin 2011).

Eine subtilere Methode der Armee, den revolutionären Prozess zu einem schnellen Ende zu bringen, war das Referendum über Verfassungsänderungen vom 19. März 2011. Zuvor hatte die Armee ein Komitee mit der Aufgabe betraut, Vorschläge für entsprechende Änderungen der Verfassung von 1971 zu auszuarbeiten. Das CTUWS und der EFITU riefen mit einer Frauenkoalition, der «Revolutionären Jugendkoalition» und den meisten anderen an der Revolution vom 25. Januar beteiligten politischen Strömungen – mit der bemerkenswerten Ausnahme der Muslimbrüderschaft – dazu auf, beim Referendum mit «Nein» zu stimmen. Die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen betrafen im Wesentlichen das Wahlprozedere, ließen aber den Rest der undemokratischen Verfassung von 1971 intakt, die die Macht beim Präsidenten konzentrierte. Die vorgeschlagenen Änderungen wurden in dem freiesten Urnengang Ägyptens seit mehr als sechzig Jahren mit 77,2% der Stimmen angenommen. Die Wahlbeteiligung lag damit doppelt so hoch wie unter dem Mubarak-Regime. In den ländlichen Gebieten war der Anteil der «Ja-Stimmen» höher als in den städtischen Gebieten wie auch umgekehrt die «Nein-Stimmen» in den städtischen Gebieten höher waren.

Die ist ein Ausdruck sowohl der Stärke als auch der Schwäche der Arbeiterbewegung. Noch in ihrem embryonalen organisatorischen Zustand scheint sie der größte und am besten mobilisierte Bestandteil der linken Elemente der revolutionären Koalition zu sein. Sie fordert die Armee heraus, die die Erfolge des Volksaufstands einschränken will, und sie kritisiert die fortgesetzten Praktiken des alten Regimes wie Folter und die Festnahme ohne Verurteilung. Allerdings haben weder die Arbeiterbewegung noch die breiteren Elemente der linken und liberalen Intelligenz die Möglichkeit, landesweit für eine von der Basis getragene Verfassung zu mobilisieren.

Folglich werden die Wahlen im kommenden November 2011 die Kräfte begünstigen, die schon landesweit organisiert sind – die Muslimbrüderschaft und die ehemals herrschende Nationaldemokratische Partei (oder wie auch immer sie sich dann nennen wird). Das Ergebnis wird vermutlich ein konservativeres Parlament als sein, als sich dies die Revolutionäre vom 25. Januar erhofften. Ob und in welchem Maße die Arbeiter er-

folgreich die Generäle und das neue Parlament überzeugen oder zwingen können, ihr Programm anzunehmen hängt von der Beantwortung unter anderem dieser Fragen ab: 1. Wird die Armee die Drohung wahrnehmen, die voraussichtlich nicht abnehmenden Streiks gewaltsam aufzulösen. 2. Wird der Mindestlohn auf ein signifikantes Niveau oberhalb der Armutsgrenze angehoben. 3. Wird die alte Staatsgewerkschaft EUTF aufgelöst, so wie es CTUWS und EFITU gefordert haben?

*Joel Beinin ist Professor für Geschichte und Geschichte des Mittleren Ostens an der Stanford University, Paolo Alto, Kalifornien ([www.stanford.edu/~beinin](http://www.stanford.edu/~beinin)). Von 2006 bis 2008 war er Direktor der Middle East Studies und Professor für Geschichte an der Amerikanischen Universität in Kairo. Er verfasste zahlreiche Bücher über soziale Bewegungen im Mittleren Osten. Kürzlich hat er mit Frédéric Vairel das Buch *Social Movements, Mobilization, and Contestation in the Middle East and North Africa* (Stanford University Press) herausgegeben.*

Der vorliegende Artikel wurde erstmals unter dem Titel «Workers and Egypt's January 25 Revolution» in der Zeitschrift *International Labor & Working-Class History*, Herbst 2011, S.189–196 ([tinyurl.com/ILWCH](http://tinyurl.com/ILWCH)) veröffentlicht. *Emanzipation* dankt ILWCH und Cambridge University Press für das Recht, den Artikel auf Deutsch zu veröffentlichen. Die Zwischentitel der vorliegenden deutschen Fassung wurden von der Redaktion von *Emanzipation* gesetzt.

1. Wir belassen es hier, wie auch bei anderen Organisationsbezeichnungen, bei der englischen Übersetzung, da sich diese eher in der internationalen Presse und im WWW findet.
2. Unified Labor Law, 2003.
3. Dies schließt den Anstieg der Lebenshaltungskosten mit ein, seit der Mindestlohn von 35 Pfund im Monat 1984 festgelegt wurde.
4. Comments at the launch of the report «The Struggle for Worker Rights in Egypt», published by the Solidarity Center (2010).
5. Ein Memo wurde auf die Website vom CTUWS gestellt ([www.ctuws.com/Default.aspx?item=851](http://www.ctuws.com/Default.aspx?item=851)), das andere zirkulierte per E-Mail am 17. 3. 2011.

## Literatur

Al-Basyuni, Mustafa und Umar Said (2007): *Rayat al-idrab fi sama' misr. Haraka 'ummaliyya jadida*. Cairo.

Beinin, Joel (2011): A Workers' Social Movement on the Margin of the Global Neoliberal Order. Egypt 2004–2009. In: Joel Beinin/Frédéric Vairel (Hg.): *Social Movements, Mobilization, and Contestation in the Middle East and North Africa*. Stanford: Stanford University Press.

Amin, Shahira (2011): General admits virginity checks' conducted on protesters. CNN 31.5.2011. [www.cnn.com/2011/world/meast/05/31/egypt.virginity.tests](http://www.cnn.com/2011/world/meast/05/31/egypt.virginity.tests).

Center for Trade Union and Workers Services (2011): Press Release 30. 1. 2011. [www.unionbook.org/profiles/blogs/egypt-new-trade-union](http://www.unionbook.org/profiles/blogs/egypt-new-trade-union).

Charbel, Jano (2011): New Era for Egyptian Trade Unions. *Al-Masry al-Youm*, 15. 3. 2011. [www.almasryalyoum.com/en/node/355785](http://www.almasryalyoum.com/en/node/355785).

El Shafei, Omar (1995): Workes, Trade Unions, and the State in Egypt: 1984–1989. *Cairo Papers in Social Science* 18 (1995), S.1–43.

Egyptian Independent Trade Unionists' Declaration (2011): 3Arabawy Blog Cairo, 19. 2. 2011. [www.ara-](http://www.ara-)

bawy.org/2011/02/21/jan25-egyworkers-egyptian-independent-trade-unionists%E2%80%99-declaration.

Human Rights Watch (2011): Egypt: End Torture, Military Trials of Civilians. 11. 3. 2011. [www.hrw.org/en/news/2011/03/11/egypt-end-torture-military-trials-civilians](http://www.hrw.org/en/news/2011/03/11/egypt-end-torture-military-trials-civilians).

Pratt, Nicola C. (1998): *The Legacy of the Corporatist State: Explaining Workers' Responses to Economic Liberalisation in Egypt*. Durham.

Solidarity Center (2010): *Justice for All. Struggle for Worker Rights in Egypt. A Report by the Solidarity Center*. Washington: Carnegie Endowment for International Peace. [www.solidaritycenter.org/files/pubs\\_egypt\\_wr.pdf](http://www.solidaritycenter.org/files/pubs_egypt_wr.pdf).

Stack Liam und Mazen, Maram (2007): Striking Mahalla Workers Demand Govt. Fulfill Broken Promises. *Daily Star Egypt*, 27. 9. 2007

Umar, Ali Khalid, Wilyam, Adil und Al-Munsi, Mahmud (2010): *Ummal misr*.